

Antrag Nr. 16-F-03-0064

Grüne

Betreff:

Mehr Verkehrssicherheit, bessere Überwachung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2016 -

Antragstext:

Beim Thema Verkehrssicherheit geht es natürlich um die vielen Toten und Verletzten, die dem Verkehr immer noch zum Opfer fallen. Daneben geht es innerörtlich auch um Lebensqualität in den Städten. Es geht darum, dass Kinder sich selbstständig Lebensräume erschließen können, dass ältere Menschen und solche mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben Straßen sicher zu queren und dass sich mehr Menschen trauen auf dem Fahrrad am Verkehr teilzunehmen. Es geht um weniger Lärm und weniger gesundheitsschädliche Emissionen und um mehr Platz zum Leben.

Mehr Verkehrssicherheit ist einerseits durch bauliche Maßnahmen und Markierungen (z.B. Radwege, Zebrastreifen) und Änderungen der verkehrlichen Abläufe (z.B. durch Ampelschaltungen, Temporeduzierungen) zu erreichen. Aber auch die konsequentere Überwachung der Verkehrsregeln (Unterbinden des Parkens auf Radwegen, wie z.B. auf der Schwalbacher Straße, der Emser Straße und der Busspur auf der Bleichstraße), Ahnden von Rotlichtfahrern, tragen zur Erreichung dieses Ziels bei.

Eine besondere Belästigung und Gefährdung stellen die nächtlichen Raser dar, die in rücksichtsloser Weise auf den Wiesbadener Straßen unterwegs sind und sogar Autorennen veranstalten. Die hierbei entstehenden Lärmemissionen stören die Nachtruhe der Anwohner/innen nochmals in erheblichem Maß. Dies betrifft vor allem Innenstadtstraßen wie die Oranienstraße, die Rheinstraße und die Schwalbacher Straße, aber auch Straßen in den Stadtteilen, wie beispielsweise in Wiesbaden-Biebrich die Rheingaustraße, die Rathausstraße und die Stettiner Straße.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Überwachung des ruhenden Verkehrs auf den Radwegen zu intensivieren,
2. das Überfahren roter Ampeln mit Hilfe (mobiler) Blitzanlagen verstärkt zu verfolgen,
3. (nächtliche) Raserei in der Innenstadt und in den Stadtteilen u.a. mit Hilfe (mobiler) Blitzanlagen einzudämmen.
4. Zu prüfen, ob das „Mannheimer/Köllner - Modell“ für Wiesbaden übernommen werden kann. Wenn dort die Polizei Poser bei ihren Aktivitäten erwischt, lässt sie die illegal getunteten Autos sofort abschleppen, da die Betriebserlaubnis aufgrund des Tunings erloschen ist und die Halter müssen eine Rechnung von ca. 1000,- Euro bezahlen.

Wiesbaden, 07.09.2016

Claus-Peter Große
Verkehrspolitischer Sprecher

Carola Pahl
Fraktionsreferentin